



## Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### Dem Bildungsgipfel müssen Taten folgen

Der Landtag wolle beschließen:

– Der Landtag stellt fest:

Der Bildungsgipfel der Bundesregierung hat die Erwartung zur Stärkung des Bildungssystems in Deutschland nicht erfüllt. Weder hat sich die Bundesregierung dazu verpflichtet, mit eigenen Haushaltsmitteln zu einer besseren Finanzierung des Bildungssystems beizutragen noch hat sie sich gemeinsam mit den Ländern auf ein konkretes Handlungskonzept geeinigt, um das Ziel, 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukt für Bildung und Forschung auszugeben, zu erreichen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, folgende Initiativen in den Bundesrat einzubringen:

- Der Bund muss sich an der Ausstattung der Schulen mit Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen, an dem Ausbau von Ganztagschulen und an den Kosten für eine gesunde Mittagsverpflegung aller Kinder in Kindertagesstätten und Schulen beteiligen.
- Der Übergang zwischen Schule und Ausbildung muss neu gestaltet werden, damit niemand nach der Schulzeit ohne Ausbildung bleibt.
- Die Hochschulen müssen auch über das Jahr 2012 hinaus dauerhaft finanziert werden. Ziel ist es, dass mehr junge Menschen studieren und dass Deutschland zumindest prozentual bei den Absolventenzahlen den OECD Durchschnitt erreicht. Hierfür reicht der Zeit- und Finanzhorizont des Hochschulpaktes I und II nicht aus.

Begründung:

Dem Bildungsgipfel der Bundesregierung müssen dringend Taten folgen. Es hat sich gezeigt, dass Länder und Kommunen mit der derzeitigen Finanzausstattung diesen notwendigen Qualitätssprung alleine nicht leisten können. Alle Bildungsstudien zeigen auf, dass die Zugangsgerechtigkeit zu Bildung nicht gewährleistet ist und dass demzufolge dringender Handlungsbedarf besteht. Zur Finanzierung der Maßnahmen hat der Bund verschiedene Möglichkeiten. Sowohl eine schrittweise und teilweise Umwandlung des Solidaritätszuschlags als auch eine Reform der Erbschaftsteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sind gute Instrumente um die notwendigen Mittel bereitzustellen. Die aktuelle Finanzmarktkrise zeigt zudem, dass auch neue Formen der Besteuerung – z.B. von Finanzmarkttransaktionen – durchaus zur Stärkung der Einnahmen des Staates herangezogen werden müssen.

Angelika Birk  
und Fraktion